



# Hohenhorner Erklärung

*Bürgerinitiative \* Frackingfreie Zukunft - Kreis Herzogtum Lauenburg \**

Schon heute verbrauchen 7 Milliarden Menschen mehr Ressourcen, als sie uns auf der Erde zur Verfügung stehen oder erneuert werden können. Bereits 2035 werden theoretisch 2 Planeten benötigt, um den weltweiten Bedarf an Nahrung, Energie und Fläche zu decken. Wasser ist die Quelle allen Lebens. Diese wichtigste Ressource wird zum immer knapper werdenden Gut.

Wollen wir unseren Kindern nicht einen geplünderten Planeten hinterlassen, müssen klima- und ressourcenschonende Konzepte umgesetzt werden. Trink- und Grundwasser dürfen nicht verunreinigt werden.

Die weitere Förderung und Verbrennung fossiler Energieträger beschleunigt den Klimawandel und den Ressourcenverbrauch dramatisch!

Die Erschließung bisher nicht zugänglicher Öl- und Gasreserven durch das sogenannte „Fracking-Verfahren“ ist keine verantwortbare Lösung der energiepolitischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft.

Das bisherige „Bergrecht“ ist ein reines „Wirtschaftsrecht“ und fördert die ungehemmte Ausbeutung unseres Planeten.

Novellierungen dieses Gesetzes verlängern nur diesen Prozess und versuchen den Eindruck zu erwecken, man könne die Zerstörung des Untergrundes verträglich gestalten.

## **Wir fordern:**

- **Einen respektvollen Umgang mit der Erde.**
- **Die Erarbeitung einer nachhaltigen Raumordnung – auch für den Untergrund- zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen**
- **mit höchster Priorität für den Schutz von Trink- und Grundwasser.**
- **Ein Verbot von Bohrungen durch wasserführende Schichten.**

## **Was ist kurzfristig möglich?**

Um kurzfristig weitere nicht reparierbare Folgen durch den Einsatz der Fracking-Methode auszuschließen, fordern wir den Gesetzgeber auf, ein **generelles Verbot des Einsatzes der Fracking-Methode im Bundesberggesetz** zu verankern.

Dabei muss es unerheblich sein, ob Chemikalien eingesetzt werden oder nicht.

Bis dahin erwarten wir von den politischen Entscheidungsträgern, alle Aufsuchungsanträge für die Ausbeutung fossiler Energieträger in Schleswig Holstein mit den vorhandenen Möglichkeiten des alten „Bergrechts“ abzulehnen und **die bisher erteilten Aufsuchungserlaubnisse zu widerrufen.**

Der Verzicht auf den Einsatz giftiger Chemikalien löst die Probleme nicht!